

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 88 846 opbn d



Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, verurteilt das "Heidelberger Manifest".

Seite 1/2

Heinrich Klein MdB (Dieburg) erinnert an die Häftlingszeit Fritz Eilers, dessen Todestag sich am 22. Februar zum 15. Male jährt.

Seite 3/4

Jürgen Büssow Mdl korrigiert falsche Eindrücke, die über den Parteitag des Bezirks Niederrhein vermittelt wurden.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 35

19. Februar 1962

Diese Saat darf nicht aufgehen!

Anmerkungen zum "Heidelberger Manifest"

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

An das düsterste Kapitel der deutschen Vergangenheit erinnert, was kürzlich überall Entsetzen auslöste: Das sogenannte "Heidelberger Manifest". Deutsche Professoren - und das zählt ja etwas - sorgen sich darin öffentlich um die "Erhaltung des deutschen Volkes" wegen "großer Massen nichtdeutscher Ausländer" in der Bundesrepublik. Das fragile Machwerk hat bedrohliche Ähnlichkeit mit rassistischen und nazistischen Schriften. Es muß ganz entschieden verurteilt werden, um gefährlichen Anfängen zu wehren. Darüber hinaus haben wir einen mühsam erlangten guten Ruf zu verlieren.

Mit eindeutigen Parolen schockte das professorale Manifest vor einigen Wochen die Öffentlichkeit: "Unterwanderung des deutschen Volkes", "ethnische Katastrophen multikultureller Gesellschaften", "erhaltenswerte Völker" und dergleichen mehr. Dennoch fühlen sich die Unterzeichner "mißverstanden" und zu Unrecht in eine verrufene Ecke gedrängt! Jene "vorläufige", durch "Indiskretion" bekannt gewordene Fassung; so erklären sie jetzt, sei "nur zur Gewinnung weiterer Unterzeichner bestimmt" gewesen. Wollten die Professoren also zunächst im Untergrund die Emotionen schüren? Ist die endgültige Form vom 31. Januar 1962 nur aus taktischen Gründen mit einem harmloseren Mäntelchen verkleidet?

Kreuzen Sie dieses
mit dem roten
Reinigungszeichen



Starken Tobak enthält das überarbeitete Manifest auch jetzt noch reichlich. Danach ist die Erhaltung des deutschen Volkes "gefährdet", "viele Deutsche fühlen sich fremd in ihrer eigenen Heimat", die Wiedervereinigung ist in Gefahr, wenn "sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden". Weitere Aussichten: "Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder?" und "nur lebensfähige deutsche Familien können unser Volk erhalten". Zu Recht rückt der Schweizer Staatsrechtler Professor Dr. Peter Schneider dies alles in die Nähe des Hitler-Postulats, "daß das Blut rein erhalten bleibt" (Mein Kampf S. 444)

Nicht nur wegen der gebrauchten Worte sollten wir wachsam sein. Das Manifest ist aus verschiedenen Gründen besonders gefährlich:

- es nährt bereits vorhandene Strömungen
- es fällt in eine Zeit mit wirtschaftlichen Problemen
- es strahlt Wissenschaftlichkeit aus
- es beruft sich ausgerechnet auf das Grundgesetz

Ohne Zweifel keimt hier und da in der Bevölkerung eine gewisse Ausländerfeindlichkeit auf, die keinesfalls "gesundes Volksempfinden" darstellt, sondern unmenschlich und bekämpfenswert ist. Wegen dieser Tendenz aber kann das Heidelberger Manifest Erfolg haben. Kein Wunder, daß bereits ein "Schutzbund für das deutsche Volk" auf den Plan getreten ist! Auch wenn sich die Professoren des Manifestes überwiegend von dem Bund distanzieren, so ist er doch ein Keim aus ihrer Saat. Was wird noch folgen?

Auf fruchtbaren Boden fällt das Gedankengut des Manifestes auch deshalb, weil viele Bundesbürger die hohen Arbeitslosenzahlen und wirtschaftliche Zukunftssorgen bedrücken. So manchem Zeitgenossen wäre es ganz recht, die Ausländer als Sündenböcke und untragbare Belastung hinstellen zu können. Allzu leicht gerät in Vergessenheit, daß wir ihnen einen großen Teil unseres Wirtschaftswunders und Lebensstandards verdanken.

Nicht irgendwelche Bürger, sondern Professoren haben das Manifest unterzeichnet - auch das sichert einen gewissen Einfluß. Zum einen wird die Ausländerfeindlichkeit durch achtbare Titel salonfähig. Zum anderen erwecken professorale Unterschriften den Anschein von Wissenschaftlichkeit, der stets beeindruckt oder gar als Garantie für Richtigkeit gilt. Einer der Beteiligten soll selbst geäußert haben: "Als Wissenschaftler sehen wir die Dinge von einer höheren Warte aus!"

Durch seine Berufung auf das Grundgesetz versucht sich das Manifest geradezu arglistig über alle rechtsstaatlichen Zweifel zu erheben, leistet doch jeder, der in diesem Staate Verantwortung trägt, einen Eid auf die Verfassung. In der Tat ist dort von "deutschem Volk" die Rede und auch von seinem "Wohl". Man kann den Vätern des Grundgesetzes jedoch nicht unterschieben, sie hätten damit die rassische "Erhaltung" der Deutschen sichern wollen. Auch das Bundesverfassungsgericht geht in seiner Entscheidung zum Grundlagenvertrag nicht vom einrassigen deutschen Volk aus, sondern vom Staatsvolk als politischer Nation.

Statt uns "unterwandert" zu fühlen, sollten wir wachsam sein. Die Achtung, das Verständnis, die Verantwortung und Hilfsbereitschaft für die Ausländer in unserem Land bedarf gerade jetzt der Stärkung.
(-/19.2.1982/h1/hgs)



Aus der Häftlingsakte Erler

Zum 15. Todestag von Fritz Erler am 22. Februar

Von Heinrich Klein MdB

Am 15. September 1939 wurde "im Namen des deutschen Volkes" Recht gesprochen. Der Vizepräsident des Volksgeschichtshofes, Engert, Landgerichtsdirektor Schneidebach, SA-Brigadeführer Häuer, Gauamtsleiter Fischer, SA-Gruppenführer Landrat Speing und Staatsanwalt Wittmann als Vertreter des Reichsanwaltes erkannten für Recht, daß der technische Zeichner Kurt Schmidt, der kaufmännische Angestellte Fritz Erler, der Kaufmann Dr. Oskar Umrath und der Bibliothekshilfsarbeiter Erich Kürschner wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verurteilen sind. Schmidt erhielt zwölf, Erler und Kürschner je zehn und Umrath fünf Jahre Zuchthaus. Eingezogen wurden ferner eine Schreibmaschine "Underwood", eine Schreibmaschine "Olympia", ein Fotogerät "Retina", ein Vergrößerungsapparat und 430 Reichsmark.

Mit diesem Urteil begannen für den späteren SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Fritz Erler, mehr als fünfeinhalb schwere Jahre, die ihn durch Gefangenenlager und Zuchthäuser führten. Und mit dieser Niederschrift des Volksgeschichtshofs-Urteils beginnt eine Gefangenenakte, die lange Zeit als verschollen galt; jedoch dank des Entgegenkommens des Hessischen Justizministers, Dr. Herbert Günther (SPD), und der Beharrlichkeit eines Parlamentariers wieder ans Licht gebracht wurde. Künftig wird sie im "Archiv der sozialen Demokratie" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg verwahrt werden.

Über die Geschichte des deutschen Widerstandes ist viel geschrieben worden. Auch über die Gruppe "Neu-Beginnen", der Fritz Erler und seine Freunde angehörten. Die Grausamkeit und Gnadenlosigkeit des NS-Vollstreckungsapparates wird jedoch erst deutlich, wenn ein Gefangenen schicksal anhand von Aufzeichnungen, Briefen und Aktenvermerken nachvollziehbar wird.

In Untersuchungshaft war Fritz Erler bereits am 15. November 1938 gekommen - eine Woche nach der Reichskristallnacht und vier Monate nach der Hochzeit des gerade 25jährigen. Während der U-Haft waren Besuche eher möglich, nach dem Gerichtsspruch wurde es schwieriger. Zwei Monate nach dem Urteil wurde Käthe Erler, der Ehefrau, gestattet, ihren Mann für 20 Minuten in Brandenburg-Görden zu sprechen. Die Auflage: "Es ist verboten dem Gefangenen EBwaren, Getränke, Tabak und dergleichen mitzubringen."

Fritz Erler blieb nicht lange in Brandenburg. Am 16. Januar 1940 wurde er ins Aschendorfer Moor ins Emsland gebracht. Ein Brief Käthe Erlers, wenige Tage später geschrieben, hat ihn nicht erreicht. Der Vorsteher des Strafgefangenenlagers II übersandte ihn der Geheimen Staatspolizei in Berlin mit dem Bemerkten: "Seine Ehefrau Käthe Erler hat am 21. Januar in der Anlage beigefügten Brief geschrieben. Wegen des staatsfeindlichen Inhalts habe ich diesen beschlagnahmt und übersende ihn zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls zur weiteren Veranlassung."

Fritz Erler war gerade fünf Wochen im Moor, als ihn am 23. Februar ein Telegramm aus Berlin erreichte: "Papa tot. Einäscherung Mittwoch". An eine Teilnahme an der Beisetzung war nicht zu denken.

Acht Wochen später schrieb Käthe Erler an die Lagerleitung im Aschendorfer Moor: "Ich beabsichtige in meinem Urlaub meinen Mann zu besuchen. Ich werde den Urlaub wahrscheinlich im Anschluß an Pfingsten antreten können. Die Fahrt ins Emsland möchte ich mit dem Rad zurücklegen, da mir die Mittel für die Eisenbahnreise fehlen. Auf diese Weise kann ich natürlich noch nicht genau den Tag angeben, an dem ich dort sein werde. Ich bitte



daher, mir ganz allgemein für einen Tag in der zweiten Hälfte des Monats Mai oder Anfang Juni Sprecherlaubnis zu erteilen." Ein Verwaltungssekretär sagte am 2. Mai 1940 den Besuch auch an einem Wochentag zu "mit Rücksicht auf die vorliegenden besonderen Verhältnisse". Zwei Tage später jedoch korrigierte der Lagervorsteher, Verwaltungsamtmann Boltz, handschriftlich den Brief durch den Zusatz: "Verdient keine besondere Rücksicht". Am 9. Mai 1940 wurde die Zusage, auch wochentags zu kommen, zurückgezogen.

Ende 1940 kam Fritz Erler zur weiteren Strafverbüßung ins Lager Rodgau, einer Außenstelle der Strafanstalt Dieburg in Hessen. Im Februar 1941 wurde er ins Zuchthaus Kassel-Wehlheiden transportiert. Eine Bitte Käthe Erlers vom 4. Juni 1942, ihn dort besuchen zu dürfen, wurde ohne die Angabe von Gründen abgelehnt. Entgegenkommender zeigte man sich im August 1942, als Herbert Erler, Fritz' Bruder, in Bad Wildungen weilte und ihn auf dem Rückweg nach Berlin besuchen wollte.

Die Jahre der Unfreiheit konnten Fritz Erlers Bildungswillen nicht brechen. In der U-Haft erbat er zwei Nummern des Reichsverwaltungsblattes, um zu einem dort veröffentlichten Verwaltungsgerichtsurteil in einer steuerrechtlichen Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Und wenig später kommt die Bitte, nach "betriebswirtschaftlicher-kaufmännischer Fachliteratur zur Erhaltung und Vertiefung der Berufskennntnisse".

Ein Buch wurde ihm schließlich von der Justizbehörde in Berlin-Moabit genehmigt. Während der U-Haft beantragte er, ihn von der Zellenarbeit zu befreien, um den "von meiner Ehefrau mit großem Kostenaufwand erworbenen Lehrgang der Handelshochschule durcharbeiten zu können". Und: "Englischen und französischen Übungsstoff hat mir der Herr Oberlehrer aus der Anstaltsbücherei beschafft."

Nach dem Urteil am 15. September 1939 verschlechterten sich die Weiterbildungsmöglichkeiten drastisch. Häftlingen im Zuchthaus oder Moor wurde kaum Entgegenkommen gezeigt. Eine Vergünstigung für Fritz Erler ist unter dem 15. Januar 1941 notiert: "Darf zwei Lehrbücher, Hefte und Bleistifte halten."

Die Haftbedingungen in Moabit und Brandenburg müssen Fritz Erler schwer getroffen haben. In einer Notiz an die Anstaltsleitung beklagt er, daß abends kein Licht mehr angezündet wird und bereits ab 19 Uhr im Sommer in der Zelle nicht mehr gelesen werden kann. Gesundheitlich ging es ihm im Frühjahr und Sommer 1940 ausgesprochen schlecht. Zum Zeitpunkt der Verurteilung im Herbst 1939 wog er noch 77 Kilo. Im Sommer 1940 hatte er nur noch ein Gewicht von 63 Kilo bei einer Größe von 1,60 Meter. Am 9. Juli 1940 verordnete der Lagerarzt Kostzuschlag.

Mit deutscher Gründlichkeit sind Karteikarten und Haftunterlagen, die Fritz Erler durch die fünf Strafanstalten begleiten, geführt. Seine englischen, französischen und spanischen Sprachkenntnisse sind vermerkt und registriert ist auch dies: "Ende der Strafhaft 15. November 1946, 14.20 Uhr." Als im März/April 1945 die Amerikaner dem Zuchthaus Kassel-Wehlheiden immer näher kamen, wurden die Gefangenen mit dem Zug von Kassel nach Straubing in Niederbayern verlegt. Fritz Erler nutzte mit anderen Inhaftierten die Gelegenheit. Am 8. April konnte er fliehen. Die Gefangenenkarteikarte aus Kassel-Wehlheiden vermerkt: "Auf dem Transport nach Straubing, Bahnhof Plattling, entwichen."

Heute sind die vergilbten Blätter in der Akte Erler Geschichte geworden. Sie zeigen einen gradlinigen Fritz Erler, wie ihn seine Freunde in der Nachkriegszeit kennenlernten. Sie geben aber auch Aufschluß, was Käthe Erler und die Frauen anderer Widerstandskämpfer in jenen Jahren mit ertrugen.

(-/19.2.1982/hi/hgs)



Der Kanzler steht nicht zur Disposition

Über die oberflächliche Berichterstattung vom Parteitag des Bezirks Niederrhein

Von Jürgen Büssow MdL

Über die Agenturen tickerte die Nachricht, die SPD am Niederrhein habe auf ihrem Parteitag am 7. Februar 1982 in Essen ihren Ruf als geschlossene, kanzlertreue, bodenständige und solide Partei verloren. Zwißt säte die bürgerliche Konfliktpresse, auf der Suche nach Affären und Geschichtchen, zwischen dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und seiner Parteibasis. Was in der Düsseldorfer NRZ über den selben Moratoriumbeschuß des UB-Düsseldorf (UB-Parteitag 8. Januar 1982) noch hieß, "Düsseldorfer SPD bleibt auf Schmidt-Kurs" wurde vier Wochen später als Kanzler-Schlappe dargestellt. Was war passiert?

Der Kanzler kam nach Essen und sprach zum Beschäftigungsprogramm, zur Blockadepolitik der CDU im Bundesrat, zur Außen- und Friedenspolitik, zu Polen und El Salvador und kritisierte - unvermeidlich? - das "Antragsgesabber" der Partei.

In der anschließenden Aussprache setzten sich Delegierte des Parteitages kritisch und solidarisch mit der Koalitionspolitik in Bonn auseinander. In der Presse wurde eine Delegierte vorgestellt als die Frau eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Sie sprach nicht für die politische Position ihrer Delegation, sondern sie sprach, laut Berichterstattung, als die Frau ihres Mannes. Welche Ignoranz!

In einer ausführlichen und intensiven Antragsberatung diskutierten die Delegierten zwei Positionen zum Nachrüstungsbeschuß der NATO:

1. Die sofortige Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses im April 1982
2. Beförderung auf die Genfer-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR durch ein Moratorium.

Die zweite Position, ein Antrag des SPD-Unterbezirks Düsseldorf, wurde für den Parteitag zum Kompromiß:



"Der Münchner Parteitag im April 1982 muß sich auf eine Beeinflußung der Verhandlungen in Genf konzentrieren, um zu ihrem Erfolg beizutragen. Dazu werden folgende Forderungen aufgestellt:

- Vereinbarung eines Moratoriums, das die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa und die Stationierung weiterer SS 20 in Osteuropa während der Laufzeit der Verhandlungen ausschließt
- als deutscher Beitrag den sofortigen Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik."

Damit wurden Anträge, die auf eine sofortige Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses hinzielten, abgelehnt.

Die Presse fand diesen hochpolitischen Vorgang wenig bemerkenswert. Obwohl sie sonst immer leicht mit Interpretationen bei der Hand ist, wurde dem Leser die Moratoriumsforderung nicht erläutert.

Hier ist also ein Junktim formuliert, das politisch nur greift, wenn die Sowjetunion ein deutliches Zeichen setzt. Erst dann (!) wird als deutscher Beitrag der Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen zur Stationierung von Pershing II Raketen und Cruise Missiles wirksam.

Mit diesem Beschluß wird dem Kanzler nicht die Parteibasis entzogen, wohl aber unterstreicht der Bezirk Niederrhein seine Entschlossenheit, daß die Weiterrüstung in Mitteleuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, gestoppt wird.

Ohne Zweifel sind sich der Bundeskanzler und die SPD gegenseitig nichtimmerbequem. Der Eindruck, daß die SPD ihrem Kanzler gerade in der Friedens- und Sicherheitspolitik den Rücken zukehrt, ist geradezu aberwitzig. Jeder Sozialdemokrat hat eine Vorstellung von dem, was nach Schmidt kommen würde: Ein CDU-Kanzler, der als blinder Statthalter amerikanischer Interessen eine Politik vollziehen würde, welche die SPD verhindern will. Auch wenn die Vertrauensfrage im Bundestag die verantwortungsvolle und autonome Willensbildung in der Partei nicht ersetzen kann, so bleibt kein Zweifel, daß die SPD Helmut Schmidt nicht zur Disposition stellt - auch nicht am Niederrhein!

(-/19.2.1982/ks/hgs)

+ + +

